

betreffend "Wildwest in der Webergasse – und die Rolle des Stadtteilsekretariates"

Anwohner der Webergasse haben sich in den letzten Wochen den Interpellanten mit krassen Beispielen auf die Missstände in der Webergasse und die unmittelbar angrenzenden Strassen aufmerksam gemacht. Insbesondere scheint sich dort ein halb-offizieller Drogenumschlagplatz eingenistet zu haben, zudem prägt nach wie vor der Menschenhandel die dortige Szene.

Gewalt im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität scheint an der Tagesordnung zu sein und das Leben der Bewohnerinnen und Bewohnern stark zu belasten. Bereits Ende November berichtete Bajour in einem Artikel über einen vom Stadtteilsekretariat Kleinbasel moderierten "Stammtisch" welcher sich dem Problem unter Beteiligung von Ansässigen und der Polizei angenommen hatte. In diesem wird der Ressortleiter Spezialfahndung der Kantonspolizei wie folgt zitiert: "Die Drogen- und Gewaltproblematik hat sich in der Webergasse intensiviert." Ein Polizeikader beurteilte, immer gemäss Bajour, die Situation pessimistisch: "Als Polizei schaffen wir das nicht alleine..." Der Vergleich mit dem "Wilden Westen" scheint angebracht.

Am genannten Anlass Anwesende zitierten zudem die organisierende Verantwortliche des Stadtteilsekretariates Kleinbasel übereinstimmend in dem Sinne, dass es Aufgabe der Gesellschaft, also auch der Anwesenden, sei, den Kriminellen ein alternatives Leben mit Perspektiven zu ermöglichen, damit diese keinen Grund mehr hätten, in der Illegalität zu arbeiten.

Deshalb wird die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Beurteilt die Regierung die Webergasse als Brennpunkt der Basler Drogenszene?
2. Hat die Ausübung von Gewalt aus Sicht der Regierung seit Corona in der Webergasse zugenommen oder gar das "übliche" Mass gesprengt?
3. Welche Massnahmen wurden ausser dem genannten "Stammtisch" ergriffen, um die Lage an der Webergasse wieder unter Kontrolle zu bekommen und den Eindruck einer rechtsfreien Zone zu Lasten der Anwohnerinnen und Anwohnern zu widerlegen?
4. Welche Haltung nimmt die Regierung generell gegenüber ihr bzw. den Sicherheitskräften bekannten Drogenumschlagplätzen ein?
5. Ist es richtig, dass das Stadtteilsekretariat Kleinbasel hier das Krisenmanagement führt oder wäre dieses Krisenmanagement, da es augenscheinlich um organisierte Kriminalität geht, nicht besser beim JSD anzusiedeln?
6. Teilt die Regierung die Auffassung des Interpellanten, dass es beim Drogen- und Menschenhandel – nicht nur, aber auch an der Webergasse – nicht um Kleinkriminalität von perspektivenlosen Zeitgenossen, sondern vielmehr um internationale organisierte Kriminalität mafiösen Ausmasses geht?
7. Ist es wirklich Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass den am Drogen- und Menschenhandel Beteiligten ein besseres Leben in der Legalität geboten und dadurch die Kriminalität ausgetrocknet werden kann, wie vom Stadtteilsekretariat insinuiert?

Lorenz Amiet